JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

TELEGRAMM-ADRESSE: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51



Nummer 10	30. Januar 1919	כ״ט שבט תרע״ט	Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Der Völkerbund bestimmt das Schicksal Palästinas.

Der Spezialkorrespondent des Reuter-Bureaus an der Friedenskonferenz glaubt zu wissen, dass die britischen Delegierten geneigt sind, es dem Völkerbund zu überlassen, alsbald nach seiner Gründung die Fragen des künftigen Schicksals Mesopotamiens, *Palästinas* und der deutschen Kolonien zu regeln, damit die Konferenz eine Ersparnis an Zeit erziele.

Die Regierung von Siam für ein jüdisches Palästina.

Der siamesische Ministerpräsident hat names seiner Regierung die Erklärung abgegeben, dass diese mit den jüdischen Forderungen Palästina betreffend einverstanden ist.

England oder Amerika.

Das „Jüdische Korrespondenzbureau Zürich" weist auf einen „L'Orient et les Etats-Unis" betitelten Aufsatz im 2. Heft der in Paris erscheinenden Monatschrift „La Palestine Nouvelle" hin, der eine neuerdings in englischen Kreisen sich geltend machende Strömung, *den Vereinigten Staaten die Rolle des Protektors* im mittleren Orient, also auch in *Palästina* zuzuweisen, charakterisiert. Insbesondere setzt sich der Aufsatz mit einem Artikel der bedeutenden politischen Revue „Round Table" auseinander, der die Vereinigten Staaten, dank ihrer grossen jüdischen Massenbevölkerung, als Schutzmacht für Palästina besonders berufen erachtet. Dieser Stömung hält „La Palestine Nouvelle" die Resolution des amerikanisch-jüdischen Kongresses entgegen, der den Willen von drei Millionen Juden zum Ausdruck bringend, die Errichtung eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina unter der Sachwalterschaft (trusteeship) *Englands* forderte. Beide aber, der amerikanisch-jüdische Kongress sowohl als die englische politische Zeitschrift verlangen, dass die Macht, der die Sachwalterschaft Palästinas zufällt, nicht durch das Recht der Eroberung, sondern durch einen *Auftrag des Völkerbundes* hierzu bevollmächtigt werde. (Siehe Nr. 5 der Mitteilungen der Jüdischen Presszentrale Zürich, vom 5. Jan., wo wir uns in einem Aufsatz betitelt „England oder Amerika?, Eine Erwägung zur Friedenskonferenz" redaktionell geäussert haben. „J.P.Z.")

Das Jüdische Korrespondenzbureau verweist in diesem Zusammenhang auf die neueste Reutermeldung, dass die britischen Delegierten an der Friedenskonferenz sich dafür aussprachen, es dem Völkerbund zu überlassen, nach seiner Gründung die Fragen des künftigen Schicksals der deutschen Kolonien, Mesopotamiens und *Palästinas* zu regeln.

Zum Berditschewer Pogrom.

Kiew. Auf Initiative des jüdischen Nationalsekretariats besuchte eine jüdisch-ukrainische Kommission den Vorsitzenden des Direktoriums Winiczenko. Mitglieder der Delegation waren: Temkin, Dr. Schwarzmann und bekannte Führer der Ukrainer. Einer der Ukrainer — Nikowsky — berichtete, dass die Exzesse erschreckende Dimensionen anzunehmen anfangen. Das Gewissen der ukrainischen Demokratie kann nicht gleichgültig bleiben. Temkin und Schwarzmann schilderten die Einzelheiten dieser Exzesse. Winiczenko erklärte, dass die Regierung bereits energische Massnahmen gegen diese Unruhen ergriffen habe. U. a. hat man bereits den bekannten Verbrecher Angiel ergriffen, dem Todesstrafe droht. Seine Bande wurde entwaffnet. Das Direktorium wird eine spezielle Deklaration erlassen, in der es darauf hinweisen wird, dass die Pogromagitation von den „Schwarzen Hundert" betrieben wird, die als Feinde der Ukraine zu betrachten sind. *Die Kommandanten der Militärabteitungen und die Zivilbehörden werden für die Pogrome verantwortlich gemacht.* Die Schuldigen werden strenge bestraft werden. Die Regierung entsendet drei Kommissionen nach Berditschew, Sargi und Obrutsch, in welche delegiert werden: Der Vorsitzende des Generalgerichts, Vertreter der Militärbehörden, wie auch der ukrainischen und jüdischen Bevölkerung.

Kiew. Das Direktorium der Ukrainischen Volksrepublik teilt offiziell mit: In einigen Orten der Ukraine wurden durch Kosaken Gewalttaten gegen Juden verübt. Laut nachkontrollierten Meldungen sind die Kosaken dazu durch die Hetmanschen Provokatoren und durch sogenannte Bolschewisten aufgehetzt worden. Der Zweck war, die ukrainische republikanische Armee zu verunglimpfen, den Hass der Bevölkerung gegen die ukrai-

nischen Kosaken zu erwecken und auf diese Weise die alte Herrschaft der Gutsbesitzer und Bourgeoisie zu reaktivieren. Das Direktorium befiehlt allen Kosaken und der Zivilbevölkerung solche Provokatoren festzunehmen und den Kriegsgerichten zu übergeben.

Das ganze demokratische Judentum wird vom Direktorium zu einem energischen Kampfe mit den einzelnen anarchistisch-bolschewistischen Mitgliedern der jüdischen Nation, die feindlich gegen das arbeitende Volk der Ukrainer gesinnt sind, aufgefordert. Diese Elemente bilden für die Anhänger des Hetmanns und die Provokatoren eine Ausrede, um demagogische und schädliche Agitation gegen das ganze nichtbolschewistische Judentum, das dem ukrainischen Staate Treue bewahrt, zu führen, und dadurch die Ukrainer, die wirklichen Verteidiger aller arbeitenden Klassen, in schwere Konflikte mit der jüdischen nicht anarchistisch-bolschewistischen Demokratie zu verwickeln.

Die Führer des Direktoriums, Winiczenko, Petlura, Schwetz, Anrejewsky, Makarenko.

— *Berditschew.* Mittwoch fand hier die Beerdigung der Pogromopfer bei ungeheuerer Beteiligung der jüdischen Bevölkerung statt. Hunderte von jüdischen Geschäften wurden ausgeplündert. Der Schaden beträgt mehr als 20 Millionen Rubel. Die Stimmung der Bevölkerung ist eine sehr gedrückte. Die militärische Macht, die sich am Pogrom schuldig fühlt verlangte vom Stadtpräsidenten — der Jude ist — und von den Kultusvorstehern, sie sollen eine Erklärung unterschreiben, in Berditschew wäre es zu einer Schlacht zwischen den Anhängern Petluras und den Bolschewisten gekommen. Der Stadtpräsident und die Vorsteher verweigerten kategorisch die Abgabe einer solchen Erklärung.

— *Warschau.* Der „Hajnt" meldet, dass in Berditschew und Gitomir wieder vollkommene Ruhe herrscht. Ueber Gitomir wurde der Belagerungszustand verhängt.

Angebliche Judenunruhen in Budapest.

Verschiedene Zeitungen brachten Meldungen es wäre in Budapest zu grösseren Ausschreitungen gegen die Juden gekommen. Auf unsere telegraphische Anfrage erhielten wir von dem Präsidenten des Verbandes der ungarischen Juden, *Lederer,* folgendes Telegramm:

Nachrichten über hiesige Judenexzesse absolut unwahr. Dementieret entschiedenst. Lederer Sandor.

— In Budapest haben Versammlungen stattgefunden, in denen reaktionäre Redner das Volk gegen Juden aufzustacheln suchten. In der im Redoutensaale vom Székler Nationalrat einberufenen Versammlung sprach auch der frühere Kriegsminister der Jude Albert *Barta.* Oberleutnant *Szabó* hielt eine antisemitische Rede und richtete namentlich gegen die Budapester Zeitungen und deren Herausgeber sehr heftige Angriffe. Die anwesenden Vertreter der Presse wurden beschimpft und geschlagen und mussten den Saal verlassen. Die Demonstranten zogen vor das Ministerpräsidium, wo antisemitische Reden gehalten wurden. Eine Abteilung der Nationalgarde rückte aus, und es wäre beinahe zu Zusammenstössen gekommen. Kriegsminister Wilhelm *Böhm* beruhigte die Menge. Die Demonstranten setzten sodann ihre Hetze im IX. Bezirk fort, konnten aber hier keinen grösseren Erfolg erzielen. In den Nachmittagsstunden fand eine Volksversammlung der Franzstädter Arbeiter statt. Sozialistenführer Dr. *Landler* erklärte, daß die Arbeiter die *Minierarbeit der Antisemiten nicht ruhig mitansehen* und zu den Waffen der Gewalt und des Terrorismus greifen würden. Sollten aber die Klerikalen Blut sehen wollen, dann wird ihr Wunsch erfüllt werden. Ungarn könne keinen Augenblick länger *die Unverschämtheit der Antisemiten dulden.* In diesem Sinne sprachen noch mehrere Redner.

Die unter dem Deckmantel der „Erwachenden Ungarn" organisierten Christlichsozialen veranstalteten im Garten des Polytechnikums eine große Versammlung. Die Redner griffen die Juden und die Volksregierung an. Es kam zu Rufen „Fort mit den jüdischen Ministern!", *„Abzug Károlyi, des Judenfreundes!"*, „Wir wollen keine jüdischen Kriegsminister!". Die Mitglieder des Landwehrverbandes protestieren gegen dieses Vorgehen. Es kam zwischen den Offizieren des Landwehrverbandes und den Christlichsozialen zu einer blutigen Schlägerei. Mehrere Offiziere wurden geohrfeigt. Ein starkes Detachement der Volkswache griff ein und die Soldaten der Republik trieben die lärmenden Reaktionäre mit Kolbenstössen auseinander. Es ertönten aus den Reihen der Demonstranten Rufe „Es lebe der König!". Sodann zogen mehrere Personen vor das Palais des Präsidenten Grafen Károlyi. Sie forderten unter judenfeindlichen Rufen den Präsidenten auf, abzudanken. Patrouillen trieben die Demonstranten auseinander. Gruppen der Christlichsozialen zogen nach der Ringstrasse. Die Menge drang in die dortigen Kaffeehäuser ein und trieb die Juden heraus. Es entstand ein riesiger Tumult. Die Gäste verliessen fluchtartig die Lokale. Die Demonstranten zertrümmerten eine grosse Anzahl von Marmortischen und Spiegeln; Silberlöffel, Feldgarnituren und Winterröcke wurden gestohlen. Demonstranten drangen in das Nationaltheater ein, störten unter antisemitischen Rufen die Vorstellung und zwangen die jüdischen Besucher, das Theater zu verlassen, Im Laufe des Abends wurden mehrere Offiziere und Universitätshörer bei der Polizei stellig gemacht und einem Verhör unterzogen. Gegen sie wird die Anklage erhoben, die Menge zu *royalistischen* und *antisemitischen* Kundgebungen veranlaßt zu haben.

— Eine Deputation der neuen unbedeutenden Vereinigung der „Erwachenden Ungarn" erschien beim Ministerpräsidenten Berinkey um Presse- und Redefreiheit für ihre Aktion zu verlangen. Der Ministerpräsident antwortete:

„Wir wollen die Freiheit für jedermann wahren, doch muss ich erklären, dass für den Fall, als die „Erwachenden Ungarn" diese Freiheit zu antisemitischen Hetzereien missbrauchen wollten, sie es mit mir zu tun hätten. Auch ich entstamme einer revolutionären Familie.

Mein Grossvater und mein Vater mussten in die Verbannung ziehen. Deshalb bin ich um so eher verpflichtet, die Haupterrungenschaften der Revolution, nämlich die Freiheit, stets zu verteidigen. Wenn Sie, meine Herren, nur die Rede- und Versammlungsfreiheit verlangen, so wird Sie daran niemand hindern. Wenn Sie aber das Vaterland zum Schauplatz einer wüsten Judenhetze machen, dann werden wir gegen Sie mit aller Strenge des Gesetzes vorgehen."

Brief aus Ungarn.

Ich bin zwar nicht Ungar, doch lebe ich seit längerer Zeit in Ungarn und habe mir die größtmöglichste Mühe genommen, die jüdischen Verhältnisse in Ungarn mit offenen und unbestochenen Augen zu beobachten. Der Inhalt des in Nummer 6 Ihrer gesch. Jüd. Preßzentrale veröffentlichten Briefes aus Ungarn ist mir ernstlich nahe gegangen und hat mich geradezu gerührt. Auch ich bin der festen Ueberzeugung, daß das Judentum, namentlich in den Ententeländern, soweit nur sein Einfluß reicht, alles daran setzen müßte, um eine Zerstückelung und Vernichtung des wohlorganisierten ungarischen Judentums mit allen seinen segensreichen und vielversprechenden Institutionen hintanzuhalten, so insbesondere mit allen verfügbaren Kräften zu verhindern, daß das an weitgehendste Freiheiten gewohnte Judentum in Siebenbürgen unter das unerträgliche rumänische Joch komme. Andererseits muß ich nachdrücklich aufmerksam machen, daß das Vorhandensein und die etwas zu laute Daseinsäußerung des kleinen und nichtssagenden Häufleins assimilatorisch gesinnter *Auchjuden* in Ungarn, deren zu lautes Rufen nur auf die letzten Zuckungen eines hinsterbenden Körpers deutet und die heute Hypermagyarentum rufen, was die neue, wirklich demokratische ung. Volksregierung garnicht verlangt und wünscht, um morgen mit demselben Eifer, falls erwünscht, Hypertschechentum oder Serbentum zu rufen, unser Judentum, das berufen und moralisch verpflichtet ist, das ung. Judentum zu retten, nicht irreführen möchte. Gut 90 Prozent des ung. Judentums besteht heute unbestritten aus echten Orthodoxen, deren blühende Jeschiwos ein unerschöpfliches Reservoir für echtjüdisches Leben und Wirken bilden, die auch bis heute bedeutende Rabbiner und jüd. Gelehrte der Welt lieferten und die dazu berufen sind, zwischen Ost- und Westjudentum vermittelnd einzugreifen, sowie aus nationalen Juden verschiedener Kategorien. Alles andere ist nur sehr unbedeutend, ist Abfall, der früher oder später verloren gehen muß. In dem Momente aber, wo das ung. Judentum zerstückelt wird, besteht die dringende Gefahr, daß alle seine unschätzbaren Werte dem Gesamtjudentum verloren gehen würden. Darum ist es heiligste Pflicht eines jeden Juden, dies nach Kräften hintanzuhalten.

Judaicus.

Zur Judenfrage in Rumänien.

Wie wir in Nummer 9 unserer Mitteilungen berichteten, gewährt die rumänische Regierung sämtlichen in Rumänien sich aufhaltenden und angemeldeten Ausländern, für die keine fremde Regierung zuständig ist, die Nationalität. Damit soll angeblich die rumänische Judenfrage gelöst sein. In ihrer scheinbaren Harmlosigkeit ist diese Verordnung geradezu darnach angetan, die Rechtlosigkeit der rumänischen Juden fortzusetzen oder gar zu sanktionieren. Die Zahl der Juden, die den Schutz eines fremden Staates geniesst, beträgt höchstens einige Tausend und sind ihre Namen der rumänischen Regierung genau bekannt. Der Standpunkt der rumänischen Juden ist nun der, dass leicht ein Weg gefunden werden könnte, diese fremden Juden vom Genuss des Emanzipationsrechtes fern zu halten. Nun verlangt jedoch die rumänische Regierung, dass jeder rumänische Jude zunächst die Beweise erbringen muss, dass er den Schutz eines Staates nicht geniesst. Die Juden kommen somit wieder in die *alte Falle der rumänischen rücksichtslosen Beamtenwillkür*. Was es für einen Juden bedeutet, sein Recht bei der rumänischen Beamtenschaft zu suchen — darüber brauchen wir wohl nicht viel Worte zu verlieren.

Eine durch irgendwelche Einschränkungen gebundene Emanzipation, eine Emanzipation, die mit Beibringung von Dokumenten und mit dem langwierigen Instanzenweg verbunden ist, wird die rumänische Judenfrage nicht lösen. Es gibt nur einen Weg zur Lösung dieser Frage: *Die en bloc Erklärung aller rumänischen Juden ohne irgend welche Einschränkung.*

— Wir lesen in No. 48 der „Basler Nachrichten" vom 29. Januar 1919 folgendes:

„Von einem Rabbiner wird uns geschrieben: In einer geradezu historischen Zeit, wo das Schicksal von so vielen Ländern und Völkern bestimmt werden soll, wo es heisst, dass Menschenrechte und Selbstbestimmungsrecht von Völkern und Menschen respektiert werden müssen, wo Männer wie Wilson und Poincaré, die auf die Neugestaltung der Welt einen bestimmenden Einfluss auszuüben berufen sind, feierlichst verkünden, dass Völker und Menschen nicht wie Schachfiguren gegen ihren Willen hin- und hergeschoben werden dürfen, in einer solchen Zeit, deren Verkünder die Propheten der Bibel vor Jahrtausenden waren, ist es auch nicht unangebracht darüber zu sprechen, dass mehr als 300,000 Juden in *Siebenbürgen* und den *angrenzenden Komitaten*, die unter der mehr als tausendjährigen ungarischen Herrschaft dort glücklich und zufrieden gelebt haben, vollkommene Gleichberechtigung und weitgehende Freiheiten genossen, jetzt unter der Herrschaft Rumäniens, des klassischen Landes der Judenentrechtung und -versklavung kommen sollen. Das Judentum in den glücklichen Ländern seiner Freiheit, darunter vorzüglich in Ungarn, kämpft seit mehr als 60 Jahren, leider ohne jedweden Erfolg, für die primitivsten Rechte der Juden in Rumänien. Die *Bestimmungen des Berliner Vertrages* wurden von den Rumänen bekanntlich mit Füssen getreten und *nie eingehalten*, ebenso die Bestimmungen des viel angefochtenen *Bukarester Vertrages*, nach welchem nur die in Rumänien Geborenen, deren Eltern in Rumänien geboren sind, menschliche Rechte erhalten sollen. Und wenn *Reuter* heute, zu Beginn der Friedensverhandlungen zu melden weiss, dass das rumänische Amtsblatt ein Dekret veröffentlichen wird, wonach Juden wieder mit gewissen Einschränkungen, die *Nationalität*, ein

recht unklarer Ausdruck, gewährt werden soll, so müssen wir Juden nach den erfahrenen bitteren Enttäuschungen — solche Papiergesetze wurden ja schon mehreremal erlassen, aber leider ohne praktische Verwirklichung — und angesichts der traurigen Tatsache, dass Regierende und Bevölkerung in Rumänien kaum verbesserlich antisemitisch gesinnt sind, auch diese Botschaft mit der grössten Skepsis aufnehmen. Es ist also ganz klar, welche Gefahr den 300,000 Juden in Siebenbürgen, die eine Kostprobe der rumänischen Herrschaft bereits während der gewaltsamen Okkupationszeit bekommen haben, droht. Auch diese 300,000 Judenmenschen haben menschliche Rechte und Selbstbestimmungsrecht! Auch diese sollen und müssen gefragt und gehört werden, wohin sie gehören wollen!

Nachschrift: Soeben wird übrigens gemeldet, dass die Rumänen in Klausenburg beide Oberrabbiner der zwei jüdischen Gemeinden unter dem lächerlichen Verdachte, den Bolschewismus zu schüren, interniert haben."

Chronik.

Polen-Galizien.

Wahlen zum Sejm in Polen.

Sonntag den 26. Januar fanden in Polen und Westgalizien — in Ostgalizien ist wegen der Kämpfe mit den Ukrainern vorläufig die Wahl verschoben — Wahlen zum konstituierenden Landtag statt. Trotz raffiniertester Wahlkreisgeometrie und unglaublichster Chikanierung der jüdischen Wähler — so wird den Juden an sehr vielen Orten das Stimmrecht vorenthalten, weil sie durch ihre Bekennung zur jüdischen Nationalität angeblich Ausländer geworden sind — haben die Juden Chancen von 10—20 Kandidaten durchzubringen.

Leider bekämpfen sich die verschiedenen jüdischen Parteien ungemein heftig, was bei dem in Polen und Galizien eingeführten Proportionalitäts-Wahlrecht zu grosser Zersplitterung der Stimmen und zum Verluste vieler jüdischen Mandate führen muss. Es gibt z. B. in einzelnen Städten, mehr jüdische Kandidatenlisten als christliche. Fast überall haben die Zionisten, Poale-Zionisten, jüdische Sozialisten, Volksparteiler und Orthodoxen besondere Listen aufgestellt. Obwohl Koppelung der Listen gestattet ist, konnten sich die verschiedenen jüdischen Parteien in den meisten Orten, auch dazu nicht entschliessen Es erweckt beinahe den Anschein, dass verschiedene Parteien es vorzögen, dass ein Pole gewählt würde, als ein, einer anderen jüdischen Partei angehörender Jude. Traurig, aber wahr!

Trotz telegraphischer Anfrage konnten wir bis Redaktionsschluss das Wahlresultat und die Namen der Gewählten, nicht erfahren.

— *Warschau.* Beim Empfang des Komitees der zionistischen Organisation in Polen durch die amerikanische politische Kommission schilderte Herr Farbstein ausführlich die tragische Lage der Juden in Polen. Die Juden müssen deshalb vor allem, diejenigen elementaren bürgerlichen Rechte verlangen, die jeder Staat seinen Bürgern ohne Unterschied der Religion und Nationalität gewähren muss. Um Reibungen mit der polnischen Gesellschaft zu vermeiden, verlangen die 3 Millionen Juden in Polen *nationale Minoritätsrechte.* Farbstein legte genau dar, was die polnischen Juden unter diesen Minoritätsrechten verstehen und erläuterte, weshalb bürgerliche Gleichberechtigung allein ihnen nicht genügen kann. Er bewies auch genau der amerikanischen Kommission, wie grundlos die Behauptung der Polen von einer Gefahr des „Staates im Staate" sei. Die Juden in Polen wollen loyale Staatsbürger sein, bei vollständiger Erhaltung ihrer eigenen Nationalität.

Die Mitglieder der Kommission folgten aufmerksam den Ausführungen Farbsteins und erkundigten sich ob ein friedliches Zusammenleben zwischen Polen und Juden möglich sei. Farbstein bejahte dies; nötig ist nur etwas guter Wille seitens der polnischen Gesellschaft.

— *Warschau.* Die hier weilende amerikanische Friedenskommission lud das Zentralkomitee der Zionistischen Organisation Polens zu einer gemeinsamen Sitzung ein, zwecks Besprechung der mit der Zukunft der Juden in Polen zusammenhängenden Fragen.

— *Warschau.* Trotz aller Versicherungen wiederholen sich fortwährend Ueberfälle auf Juden, speziell an den Bahnhöfen. Die Warschauer jüdischen Zeitungen sind überfüllt von Einzelheiten über Drangsalierungen der jüdischen Bahnreisenden.

— *Warschau.* Hier werden fortwährend nächtliche Hausdurchsuchungen und Revisionen bei der jüdischen Bevölkerung vorgenommen. Letzthin hat man eine ganze Reihe jüdischer Vereinslokalitäten damit beehrt. Die Gendarmerie demolierte die ganze Einrichtung und vernichtete was sie nur vorfand.

— Laut „Jüdisches Korrespondenzbureau Zürich" werden in vielen Städten Polens jüdische Schüler wegen ihrer Anteilnahme an Trauerandachten für die Pogromopfer, aus den Schulen relegiert. Aus einer Schule wurden 70 Schülerinnen entfernt.

— *Warschau.* Es ist charakteristisch, dass derjenige Teil Paderewskis Rede, der die Verurteilung der antisemitischen Hetze enthält, von der polnischen Presse nur stark gekürzt wiedergegeben, von den Organen der Nationaldemokraten sogar ganz verschwiegen wird.

Bürgerliche Gleichberechtigung.

Die Lemberger „Chwila" meldet: „Auf der Kanzleitüre des Kommissärs der polnischen Liquidationskommission W. Dietel, befindet sich folgende Karte: „Transportscheine für Lebensmittel, die für die jüdische Bevölkerung bestimmt sind, werden nicht ausgefolgt"·

— *Warschau.* Auf telegraphische Aufforderung des Zionistischen Aktionskomitees zur Bestimmung von Delegierten zur Londoner Konferenz, begeben sich aus *Polen* die Herren Podlischewski, Grünbaum, Lewite und Farbstein nach London. Aus *Galizien* sollen die Herren Dr. Hausmann, Dr. Reich, Dr. Ringel, A. Stand, Dr. Syrop, Dr. Thon, Dr. Waldmann und Tropp delegiert werden.

— Die jüdische „Wilnaer Truppe" eröffnete in Warschau ihre Vorstellungen. Leiter und Hauptregisseur

ist Dr. Wajchert, gewesener Schüler Max Reinhardts und bekannt durch seine Veröffentlichungen über das jüdische Theater in Bubers „Der Jude“. Zur Eröffnung wurde Hauptmann's „Fuhrmann Henschel“ gespielt.

— *Warschau.* „Das Jüdische Volk“ berichtet, dass ein Teil der Assimilanten an den Kultusminister eine Petition überreicht hat, in der die Schaffung einer besonderen Gemeinde der jüdischen Assimilanten gefordert wird. Sie betonen, dass die Polen mosaischer Konfession nicht mehr zu einer Gemeinde mit national-jüdischer Majorität gehören können. U. a. haben dies Gesuch der frühere Kultuspräsident Bergson und Wislicki unterschrieben. Wie versichert wird, verhält sich das Ministerium sehr reserviert.

Ukraine.

— *Kiew.* Das Nationalsekretariat erfährt von fortwährenden neuen Gewalttaten gegen die Juden in einzelnen Städten, so Obrutsch, Konopot, Sargi und andern kleinen Ortschaften.

— Auf Veranlassung des Ministers für jüdische Angelegenheiten Rewutzki wies der ukrainische Ministerrat *drei Millionen Rubel* für die Pogromopfer in Berditschew und Gitomir an. Das Geld wird durch die dortigen jüdischen Gemeinden unter Aufsicht des jüdischen Ministeriums verteilt werden.

— Der Delegierte der neuen ukrainischen Regierung bei der Pariser Friedenskonferenz Dr. Hankiewicz hat einem Mitarbeiter der „Jüdischen Morgenpost“ u. a. erklärt: Bald nach ihrem Sieg hat die neue Regierung wieder ein Ministerium für jüdische Angelegenheiten errichtet, dagegen gibt es kein Ministerium für russische Angelegenheiten, dies deshalb, weil die Juden von der Regierung ebenso wie die Ukrainer als *bodenständiges staatserhaltendes Element* betrachtet werden.

— Ausser dem Poale-Zionisten Rewutzki, der Minister für jüdische Angelegenheiten ist, wurde auch der Poale-Zionist *Goldelmann* zum Arbeitsminister der neuen ukrainischen Republik ernannt.

Russland.

Bolschewiki gegen die Juden.

Das jüdische Kommissariat in der Räteregierung betrachtet den Kampf gegen die jüdisch-nationale Bewegung und ihre Organe als eines ihrer wichtigsten Ziele. Die Einberufung eines jüdischen Kongresses wurde verhindert, die grossen jüdischen, kulturellen und nationalpolitischen Gesellschaften unter Kontrolle gestellt, alle jüdische und russisch-jüdische Pressorgane verboten. Man beschloss die jüdischen Gemeinden als conterrevolutionäre Nester zu schliessen, die Mitglieder der Gemeindeverwaltung auseinander zu jagen und den gesamten Gemeindeapparat zu bolschewistischen Zwecken zu verwenden. Jetzt beschäftigt sich das Kommissariat mit dem Projekt der Auflösung des Rabbinats.

Eine besondere Aufmerksamkeit widmen die Bolschewisten den Zionisten. Lissewsky, selbst Jude, erklärte neulich, die Feinde des Bolschewismus seien die „Schwarze Hundert“, die linken Sozialrevolutionäre und die *Zionisten.* An Stelle des eingestellten „Rasswjet„ wurde den Zionisten jetzt gestattet, eine „Chronika Jewreiskoy Jisni“ herauszugeben, die aber blos Mitteilungen aus dem jüdischen Leben in Russland und Palästina, ohne Aufsätze und Leitartikel. bringen darf.

— Das Zentratkomitee der *Ito* in Russland, das seinen Sitz in Kiew hat, fasste auf einer der letzten Sitzungen folgenden Beschluss: Da die Frage der territorialen Lösung des jüdischen Problems im gegenwärtigen Augenblick nur in der Palästina-Konzeption entschieden werden kann, beschliesst das Zentralkomitee der Ito, mit der Zionistischen Organisation über eine Fusion in Verhandlungen einzutreten.

Dieselben Tendenzen beginnen sich auch im Lager der sozialistischen Territorialisten bemerkbar zu machen.

Miljukow für ein jüdisches Palästina.

Unsere holländische Korrespondentin C. v. L. berichtet: In einem Interview, das Jacob Jsrael de Haan auf seiner Hinreise nach Palästina in London mit Paul Miljukow hatte, äusserte sich letzterer zugunsten des Zionismus. Er sagte, er sei immer für die Anerkennung der Nationalitätenrechte der Juden gewesen, ebenso für ein jüdisches Palästina. Auf die Frage de Haan's, ob er ihm irgendwie dienstlich sein kann, antwortete Miljukow: „Gardez votre sympathie pour mon peuple, comme je garderai ma sympathie pour le votre“.

Tschecho-slovakischer Staat.

— *Kaschau.* Der Ausweisbefehl des tschechischen Kommandanten, der sämtliche Fremde zum Verlassen der Stadt aufforderte, ist erlassen worden, weil bestochene Elemente erklärten, dass die Juden den Bolschewismus verbreiten. Da sich diese Aussage als falsch erwiesen, wurde der Befehl dahin geändert, dass blos Beschäftigungslose, die sich erst seit drei Monaten in Kaschau aufhalten, die Stadt verlassen müssen.

— Das Jüdische Preßbüro Budapest meldet: Wir besitzen verläßliche Informationen, daß das Verhalten der Tschechen in Neutra sowohl der jüdischen, wie der übrigen Bevölkerung gegenüber das unanfechtbarste ist. Geiseln ließ man in ihre Heimat zurückkehren. Dr. Milan Hodza schlug — dem Vernehmen nach — der Neutraer Judenschaft die Bildung des „Narodny Vibor's“, welcher die Interessen der Juden in der Slovakei in würdiger Weise vertreten könnte, vor.

— Die seit mehr als 50 Jahren bestehende israelitische Realschule in Nove Mestho n. V. (früher Vágujhely) die erst kürzlich bis auf 8 Klassen erhöht wurde, ist aufgelöst worden. Dies war die einzige staatlich anerkannte und aus Gemeindemitteln erhaltene jüdische Realschule Ungarns.

Ungarn.

Landes-Seelsorgerverband.

Unter Vorsitz des evangelischen Bischofs Dr. Alexander *Raffay* gründeten die Seelsorger verschiedenster Konfessionen in Budapest einen allgemeinen Seelsorgerverband, dessen hauptsächlichste Aufgaben wäre, die Schaffung eines organischen Bandes des gegenseitigen freundschaftlichen Verkehrs der Seelsorger aller Konfessionen und die Reform des Religionsunterrichts in der Weise, daß alle Reibungspunke ausgemerzt und die vollständige Wahrung des interkonfessionellen Friedens und der allgemeinen Nächstenliebe gesichert werden. Ferner wurde beschlossen, eine Intervention wegen der Aufrechterhaltung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Lehranstalten durchzuführen.

— Im „Zsidó Szemle“ schildert ein aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrter Offizier ausführlich seine Erlebnisse und kommt zur Konklusion, dass die jüdischnationale Idee durch die Gefangenschaft stark gefördert wurde.

— In Temesvár haben sich bei der Volkszählung 78 Prozent der jüdischen Bevölkerung zur jüdischen Nationalität bekannt.

— Die einheitliche Vertretung der Marmaroser Judenschaft sandte an den Präsidenten Károlyi und Minister Jászi anläßlich der Bildung des, aus den Komitaten Mármaros, Ung, Bereg und Ugosca gebildeten ruthenischen Kantons „*Russka Kraina*“, folgendes Telegramm:

„Die ungefähr 200,000 Seelen zählende Judenschaft der „Russka Kraina“, die bei der Schaffung des Gesetzes über die Autonomie dieses Gebietes gar nicht angehört wurde, verlangt bei der Inkraftsetzung dieses Gesetzes die *Respektierung der jüdischen Forderungen.* Wir wünschen auf der ganzen Linie *Rechtsgleichheit, proportionelle Vertretung* und Autonomie im Unterrichtswesen, Gleichheit auf wirtschaftlichem Gebiete und Beteiligung an Gütern, schließlich die Berufung der Judenschaft der beteiligten Komitate zur Beratung und bis dahin die Aufschiebung einer Entscheidung“.

— Im Ministerium der Russka Kraina wurde von zuständiger Seite Herrn H. Havas folgende Erklärung abgegeben: „Die auf ruthenischen Boden wohnenden Juden können versichert sein, dass sie die gleichen Rechte geniessen werden, als die anderen Nationalitäten. Wir haben die Juden nötig, um mit ihnen gemeinsam zu arbeiten. Wir wissen noch nicht wie weit die Grenzen des neuen ruthenischen Staates reichen werden. Wir hoffen, dass unsere Pläne, die nicht nur uns, sondern auch den Magyaren und Juden eine schöne Zukunft bringen sollen, durch die Friedenskonferenz verwirklicht werden können.“

Deutschland.

— Die Berliner „Jüdische Presse“ befaßt sich in einem Artikel mit der Frage der Errichtung einer gemeinsamen Zentrale für alle gesetzestreuen Organisationen Deutschlands. Der Verfasser fordert, daß alle Gegensätze im orthodoxen Lager zwischen Zionisten und Nichtzionisten usw. schwinden müssen. Wir haben weder Zeit noch Kraft zur inneren Zwistigkelt. Es muß sofort eine gemeinsame Arbeitsbasis gefunden werden. Vor allem „Aguda“ und „Misrachi“ müssen zusammenstehen.

Das „Frankfurter Jsraelitische Wochenblatt“ bemerkt hierzu: „Wir sehen bei diesen Bewegungen innerhalb der Orthodoxie nur den einen richtigen Weg, daß sie im „Misrachi“ enden. In der gegenwärtigen ereignisschweren Zeit gibt es nur die eine Möglichkeit, kurz entschlossen sich dem „Misrachi“ anzuschliessen. Wir dürfen heute nicht mehr mit langen Entwicklungen rechnen, denn heute drängt die Stunde und die Entwicklung von Jahren muß sich heute in Stunden vollziehen.

— In einer vom „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ einberufenen Versammlung, wurde nach Reden der Herren Geh. Justizrat Dr. Fuchs, Dr. Holländer, Dr. Apfel, Rabb. Hildesheimer und Dr. Paul Nathan folgende Resolution angenommen:

„Die grundsätzliche Verschiedenheit zwischen den Auffassungen des Nationalvereins und der Zionisten schließt nicht aus, dass wir 1. die Schöpfung einer nationalen Heimstätte in Palästina für diejenigen Juden, insbesondere Ostgaliziens begrüssen, die jüdisch-national empfinden; 2. dass wir eine nationale Autonomie für die jüdische Bevölkerung der östlichen Länder, der jüdischen Massensiedelung da verlangen, wo sie im Wege des Plebiszit begehrt wird; 3. im Verein mit den Zionisten die tatsächliche Durchführung der vollen Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern und die Beseitigung aller Ausnahmebestimmungen der Juden erstreben.“

— Bei den Unruhen in Posen wurde der Zionist *Mathias* von dem vor seinem Hause Posten stehenden Soldaten, bei dem er sich wegen der in seiner Wohnung geraubten Wertgegenstände beschwert hatte, einfach niedergeschossen.

— Im „*Badischen Beobachter*“ warnt ein katolischer Geistlicher davor, die radikalen sozialistischen Politiker jüdischer Abstammung mit den deutschen Juden zu identifizieren. Er schreibt u. a. „Die deutschen Bürger jüdischen Stammes weisen mit Recht darauf hin, dass sie für Deutschland Leben und Blut wie die anderen Staatsbürger gewagt haben; dass sie aber nichts gemein haben mit jenen Menschen jüdischen Stammes, welche in Verbindung mit sehr vielen *nichtjüdischen* Radikalen den Umsturz und die Gewaltherrschaft begründen halfen. . . . Des Hasses ist genug in der Welt. Schüren wir keinen ungerechten Hass, auch nicht mit „guten“ Witzen und Bemerkungen“.

München. Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten in Bayern der Volkspartei (Zentrum) einen entschiedenen Sieg. Bemerkenswert beim Wahlkampf war, dass diese katholische Partei aufs schärfste jede antisemitische Hetze verurteilte und ein gemeinsames politisches Zusammenwirken aller religionstreuen Christen und Juden bei und nach den Wahlen proklamiert hat. Alle glaubenstreuen Juden Bayerns haben daher für diese Partei gestimmt und ihr zum Sieg verholfen.

Holland.

— Zu der von uns in Nr. 4 der Mitteilungen gebrachten Notiz meldet uns unsere Korrespondentin C. v. L. aus Amsterdam: In Deventer und Marum bei Groningen haben sich 2 jüdische Pioniergruppen gebildet. Diese, bisher ausschliesslich Ostjuden, bekommen hier ihre Ausbildung, oder besser gesagt, Vorbildung, für ihre künftige Tätigkeit in Palästina. Die Schüler verpflichten sich, nach gutbestandenen Lehrjahren nach Palästina zu gehen. Sie erhalten Unterricht in allen landwirtschaftlichen Fächern und sind gleichzeitig natürlich auch praktisch tätig. Die Stimmung bei den beiden Gruppen ist eine äusserst gute, und auch hier erweist sich, dass der Jude zur Landwirtschaft geeignet ist.

— Die bedeutende holländische Zeitung „Der Telegraaf“ entsendet den Leiter des Haager Korrespondenzbüros, Jakob Landau, als Korrespondent nach Palästina.

Frankreich.

— *Paris*, 29. Januar. (Havas.) Der Chef der sich gegenwärtig in Paris aufhaltenden *Libanon-Delegation* Daud Bei Yunnud erklärte dem „Temps“ er habe Auftrag, von der Friedenskonferenz die Wiederherstellung des Libanon in seinen historischen und geographischen Grenzen, die Bestätigung seiner Autonomie, die Bewilligung zur Bildung einer verfassunggebenden Versammlung, und schliesslich die Gewährung von Hilfe und die Mitarbeit Frankreichs zu verlangen.

— *Gustave Hervé* veröffentlicht in seiner „La Victoire“ vom 16. Januar 1919, unter dem Titel „Und das armenische Volk?“ einen Leitartikel, aus dem wir ersehen, dass Gustave Hervé, der während des Krieges in der französischen Presse wohl als erster für ein jüdisches Palästina eintrat, nunmehr seine Stellung zu dieser Frage geändert hat. Interessant ist, wie dabei versucht wird, entgegengesetzte Begriffe miteinander in Einklang zu bringen. Die einzige und mit den Rechten der Völker übereinstimmende Lösung der armenischen Frage besteht nach Hervé in der Gründung eines unter dem Protektorat der Alliierten oder des Völkerbundes stehenden neutralen armenischen Staates, der vom Schwarzen- bis zum Mittelmeer und von Trapezunt bis Mersina reichen soll. In diesem Falle müsste Frankreich auf den ihm durch das geheime Abkommen von 1916 (das jetzt allerdings hinfällig sei und einer Revision bedürfe) zugesprochenen Teil Türkisch-Armeniens verzichten. Nach diesem Abkommen sollte Frankreich das Protektorat über Klein-Armenien und Syrien (Palästina ausgenommen) und England das über Mesopotamien und Palästina erhalten. Als Kompensation für diesen Verzicht verlangt Hervé, dass England *Palästina an Frankreich zurückgebe*, was ja das einzig richtige ist, *da Palästina nur einen Teil Syriens ausmache.*

England.

— *London*. Die Zionistische Organisation Englands stellt fest: Jüdische Kongresse oder jüdische Nationalräte, die die Gesamtheit der jüdischen Bevölkerungen in den Vereinigten Staaten von Amerika, Palästina, Polen, Czecho-Slovakien, Deutsch-Oesterreich, Bukowina, Ostgalizien, Russland, Saloniki und Ukraine darstellen, stellten die Forderung, dass *die Friedenskonferenz Palästina innerhalb seiner historischen Grenzen unter solche politische, administrative und ökonomische Bedingungen stelle, die seine Entwicklung zu einem jüdischen Gemeinwesen sichern.* Die jüdischen Kongresse der Vereinigten Staaten und der Czecho-Slovakei haben zudem den Wunsch ausgesprochen, dass Palästina durch die Friedenskonferenz unter britische Sachwalterschaft (trusteeship) gestellt werden möge. Auch der unlängst stattgefundene Delegiertentag der deutschen Zionisten hat ganz gleichklingende Forderungen aufgestellt.

— Der Londoner Korrespondent des Jüdischen Pressbüros meldet: Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, dass in den politischen Kreisen der Friedenskonferenz sehr ernst die Frage erwogen wird, wie und nach welchen Prinzipien die Judenfrage gelöst werden soll. Dabei wird auch die Form einer Organisation diskutiert, welche die Beobachtung der von der Konferenz akzeptierten Formen und Prinzipien seitens der in Betracht kommenden Mächte zur Aufgabe hat. Dem Friedenskongress wird ein Vorschlag unterbreitet werden, welcher die Schaffung eines internationalen Tribunals oder Rates zum Inhalt hat, der jede Frage, die mit jüdischen Angelegenheiten in Verbindung steht, entscheiden soll. Dieses Tribunal soll dem Völkerbund angeschlossen werden und seiner Kontrolle unterstehen.

— Das Mitglied des E. A. C. Dr. Schmarjahu Levin ist, aus Amerika kommend, in London eingetroffen.

— Louis de Brandeis und Dr. Ruppin haben ihre Anteilnahme an der Londoner Konferenz angezeigt.

Amerika.

— Die jüdischen Nationalräte für Ostgalizien, Tschecho-Slowakien, Deutsch-Oesterreich und die Bukowina als Vertreter der Gesamtjudenheit ihrer Länder haben an die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens, sowie an den Präsidenten *Wilson* Telegramme gerichtet, in denen sie erklären, „dass sie sich den Forderungen der gesamten Judenheit anschliessen, wonach auf der Friedenskonferenz die Forderung zu erheben ist, dass Palästina innerhalb seiner historischen Grenzen unter solche politischen, administrativen und ökonomischen Bedingungen gestellt werden soll, welche seine Entwicklung zu einem jüdischen Gemeinwesen verbürgen.“

— Der frühere amerikanische Botschafter in Konstantinopel, *Morgenthau*, hat in einer Rede erklärt: Solange der *Koran* den Mond zu einem Teil der mohammedanischen Religion macht, können wir den Moslems nicht gestatten über Christen und *Juden* zu herrschen. (Kölnische Zeitung.)

Palästina.

— „Der Jüdischer Arbeiter“ schreibt unter dem Titel: „Zionisten im Galuth, Sozialisten in Palästina“: „Vor dem Krieg haben die Poale-Zair in Palästina die

Poale-Zionisten bekämpft, indem sie argumentierten: „Euer Klassenkampf, Euer Sozialismus ist vielleicht richtig in Galuth, in Palästina gibt es jedoch dafür gar keinen Platz“. Dieser Parole der Poale-Zair, Sozialismus im Galuth, Zionismus in Palästina folgten die kapitalistischen Zionisten und ihre intellektuellen Führer. Heute jedoch wird diese Parole von den Zionisten umgekehrt und sie fordern: Zionisten in Galuth, Sozialisten in Palästina. Bei aller Inkonsequenz welch interessantes Symptom.

— Wie aus New-York gemeldet wird, erwartet man dort eine starke Auswanderung der Juden aus Amerika nach Palästina. Man glaubt, die jüdische Republik werde sich für ihre Verfassung die Vereinigten Staaten zum Vorbild nehmen. (Münchner Neueste Nachrichten.)

— Wie die „Times“ aus Delhi berichtet, gewannen auf dem Nationalkongress der Inder die Radikalen vollständig die Oberhand. Die Mohamedaner verlangten u. a., dass *Jerusalem der Türkei* zurückgegeben werde, und es wurde ein Protest dagegen angenommen, dass die Türkei in Einzelstaaten aufgelöst und überhaupt die Stellung der Türkei in ihrer Machtfülle erschüttert werde.

— Laut Meldung der „Times“ wird demnächst eine direkte Orient-Express-Verbindung zwischen London und Jerusalem hergestellt.

Schweiz.

Zur Weltkonferenz der religiösen Verbände

— Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben zu der internationalen Konferenz aller gesetzestreuen jüdischen Verbände, die durch das Zentralbüro der Agudas Jisroel für den 18. Februar nach Zürich einberufen wurde, bisher etwa 75 Delegierte, die 11 verschiedene Länder vertreten, ihr Erscheinen angekündigt. Die gesetzestreuen Rabbinerverbände von Deutschland, Galizien und der Bukowina, Holland, Polen, Russland und den Vereinigen Staaten von Nordamerika entsenden Delegierte zu dieser Konferenz.

Die Konferenz wird sich mit all den durch die Neugestaltung der politischen Verhältnisse aufgeworfenen Fragen beschäftigen, die eine Lösung im Sinne der vom Thora-Judentum vertretenen Forderungen verlangen. Die Palästinafrage nimmt unter den Programmpunkten selbstverständlich eine wesentliche Rolle ein.

— In der Schweiz soll eine gemeinsame Repräsentanz der national organisierten Judenheit in den einzelnen Ländern, geschaffen werden. Zu diesem Zwecke werden zur Zeit Vertreter dieser Judenheit gewählt, die nach der Schweiz entsandt werden sollen. Auf Grundlage der drei Punkte des Manifestes des Kopenhagener Zionistischen Bureaus wird ein Programm der nationalen Forderungen ausgearbeitet werden. Eine von dieser Repräsentanz gewählte kleine Delegation soll die beschlossenen Forderungen vor der Friedenskonferenz vertreten.

Aus der grossen Zahl der uns bereits bekannten Delegierten seien die folgenden genannt: Oberrabbiner Chajes, Dr. Thon, Dr. Straucher, Leo Hermann, Berthold Feiwel, Ussischkin, Achad Haam, Rabbiner Abramson, Kreinin, Grusenberg.

— *Bern.* Zur internationalen Sozialistenkonferenz entsendet die Jüdische Vereinigung in Russland als Delegierte Kasowsky, Blumyn, und Mursky.

Presse.

— Das Wochenblatt „Le peuple juif“ in Paris ist seit Anfang dieses Monats Organ der zionistischen Organisation in Frankreich geworden. Diese Zeitung gewinnt grosse Bedeutung mit Rücksicht darauf, daß in Paris der Friedenskongreß stattfindet, daß dort das Zionistische Büro bereits seine Tätigkeit begonnen hat und daß wahrscheinlich auch der nächste allgemeine zionistische Kongreß in Paris stattfinden wird.

— Die Redaktion des „Joodschee Wachter“ ist von Rotterdam nach Gravenhage verlegt worden. In der Redaktion befinden sich neben dem früheren Redakteur J. Cohen noch die Herren Raphael Polak und Dr. A. v. Raalte.

— In Berlin erscheint eine neue Zeitschrift unter dem Namen *„Volk und Land“*, Jüdische Wochenschrift für Politik, Wirtschaft und Palästinaarbeit, die von *Davis Trietsch* herausgegeben wird.

— Ab 15. Januar erscheint in Berlin eine neue Halbmonatschrift „Die Arbeit“ als Organ der zionistischen Volkssozialistischen Partei „Hapoél Hazair“ unter der Redaktion von Ludwig Strauß, Victor Ch. Arlosoroff, Siegfried Lehmann, Jsrael Reichert und Rudolf Samuel.

In Belgien erscheint seit dem Dezember eine Zeitschrift „Kadimah“, welche der Verbreitung der zionistischen Gedankengänge und Ereignisse gewidmet ist.

— Seit Anfang dieses Jahres erscheint die „Breslauer Volkszeitung“ unter dem Namen „Jüdische Volkszeitung“, und das „Frankfurter Familienblatt“ unter dem Namen „Neue jüdische Presse“.

— Vom 1. Januar erscheint in Odessa eine grosse hebräische Tageszeitung unter dem Namen „Hanegew“ (Der Süden).

— Seit Mitte Januar erscheint in Grosswardein (Siebenbürgen) die Zeitung „Zsido Szó“ (Das jüdische Wort) als Organ des neugegründeten Jischuw Erez Jisroel Verbandes unter Leitung von S. Fuchs und Ladislaus Femes Friedmann.

— Das Jüdische Korrespondenzbüro Bern-Zürich, nun ausschliesslich in Zürich niedergelassen, wird künftighin die Ortsbezeichnung „Bern“ nicht mehr führen, sondern „Jüdisches Korrespondenzbüro Zürich“ zeichnen.

Verlags-Notizen.

— Im Verlage des Kopenhagener Zionistischen Bureaus ist die Rede des bekannten dänischen Schriftstellers und Dramaturgen Henri *Nathansen*, die er auf dem Protest-Meeting gegen die Juden-Pogrome in Galizien hielt, in Broschürenform erschienen. In dieser Rede, die seinerzeit in der dänischen Oeffentlichkeit grosses Aufsehen erregt hat, bekennt sich der Künstler zu der Wiedergeburtsidee des jüdischen Volkes und Landes. Die in dänischer, deutscher und englischer Sprache herausgegebene, geschmackvoll ausgestattete Broschüre, kostet 50 Öre.

— Im neugegründeten Kadimah-Verlag, Zürich, Schweizergasse 10, ist soeben die Broschüre „Judenstaat oder jüdische Heimstätte?“ von S. Ginsburg, erschienen. Preis Fr. 1.—.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Die Mitteilungen der „J.P.Z.“ erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich